



JONAS BENDIKSEN / MAGNUM

FOTO-TABLEAU: GASTARBEITER IN DEN GOLFSTAATEN 2/5

Geht man von den Leitlinien des Uno-Hochkommissariats für Menschenrechte aus, dann sind die Arbeitsbedingungen der Migranten in den Golfstaaten in vielen Fällen mit moderner Sklaverei oder Zwangsarbeit gleichzusetzen. 10 bis 14 Stunden dauern die Schichten der mehrheitlich aus Südasien stammenden Bauarbeiter, die Jonas Bendiksen fotografiert hat; nun werden die erschöpften Männer im firmeneigenen Bus in ihre desolaten Schlafquartiere am Stadtrand von Dubai gekarrt.

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Ärzte und andere Gesundheitsfachleute

Wenn Nationalrat Toni Bortoluzzi für eine Stärkung der zentralen Rolle der Grundversorger ist (NZZ 9. 5. 14), dann sollte er den Verfassungsartikel annehmen. Die Angst vor einer «Mogelpackung» ist unbegründet. Dazu ist der Artikel viel zu offen formuliert. Er ist die sinnvolle Grundlage für Gesetze, die dem folgen werden. Und was genau an Gesetzen folgt, wird das Parlament entscheiden. Also auch Bortoluzzi selber, so er diesem denn noch weiter angehören wird. Das Ja zur medizinischen Grundversorgung bleibt unbestritten.

Eva Kaiser, Hausärztin, Binningen

Das Nein-Komitee zur Hausarztmedizin-Vorlage, welche am 18. Mai zur Abstimmung gelangt, argumentiert mit der Verschiebung von Kompetenzen und Aufgaben an nichtärztliche Berufspersonen, was zu einer Häufung von Fehldiagnosen und zur Verzögerung von Diagnosen führe. Diese Haltung zeigt die Arroganz eines Teils der Ärzteschaft, die bis anhin unangefochten und gesetzlich verankert die Alleinherrschaft in der Gesundheitsversorgung für sich beansprucht. Sie berücksichtigt jedoch in keiner Weise, dass auch in der Schweiz hoch ausgebildete nichtärztliche Berufsleute, wie Physiotherapeuten, Ernährungsberaterinnen, Hebammen, Pflegefachpersonen, tätig sind, welche neben langjährigen Berufserfahrungen einen akademischen Hochschulabschluss auf Master- oder sogar Doktoratsstufe vorweisen.

Diese Berufspersonen kennen ihre Kernkompetenzen sehr genau und dia-

gnostizieren auch keine medizinischen Erkrankungen, sondern beschreiben präzise Phänomene, die auf Erkrankungen hinweisen können. Sie wissen daher gut, in welchen Situationen weitere Fachpersonen, z. B. ein Arzt, beigezogen werden müssen oder eben nicht. Damit verzögern sie keineswegs Diagnosen, sondern können durch ihre sorgfältigen Assessments unnötige Untersuchungen, Behandlungen und Therapien verhindern, was der Kostenexplosion im Gesundheitswesen entgegenwirken kann.

Peter Wolfensberger, Winterthur

Der Gegenentwurf des Bundesrates zur Hausarztinitiative «Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung» wird die Tätigkeit des Hausarztes schwächen. Pflegekräfte, sogenannte «Advanced Practice Nurses», sollen den Hausarzt ersetzen. Gemäss Bundesrat Berset sollte in Zukunft der Patient von einem interdisziplinären Team, dem auch nichtmedizinische Berufsgruppen angehören, beurteilt und nach standardisierten Richtlinien behandelt werden. Der Mangel an ärztlicher Kompetenz kann zu Fehldiagnosen und zur Verzögerung von lebenswichtigen Behandlungen führen. Um diesen Vorgang zu rechtfertigen, wird auf den Ärztemangel und die Zunahme von chronisch Kranken hingewiesen. Eine freie Arztwahl und ein direkter Zugang zum Hausarzt wären nicht mehr gewährleistet.

Als Vorbild für dieses Versorgungsmodell dienen die USA, Grossbritannien, Kanada und skandinavische Länder. Das Schweizer Gesundheitswesen, welches weltweit als eines der besten gilt, wird so zu einer billigen und fahrlässigen Medizin umgekrempelt. Ein reiches

Land wie die Schweiz, in dem die Bildung einen hohen Stellenwert hat, sollte stattdessen mehr talentierten Jugendlichen die Ausbildung zum Arzt ermöglichen. Wieso richten wir nicht mehr Studienplätze ein und heben den Numerus clausus auf, statt unser bewährtes Gesundheitswesen herunterzunivellieren?

Dr. med. Gabriella Hunziker, Mühlritzi

Es gibt gute Gründe für neue Versorgungsmodelle, in denen neben Ärztinnen und Ärzten auch gut ausgebildete Pflegefachpersonen mitarbeiten. Von «Barfuss-Medizin» kann keine Rede sein, auch die Arztwahl wird nicht eingeschränkt sein. Es wird auch nicht zu Fehldiagnosen und Verzögerungen kommen. Unbestritten ist, dass die Ärztin die Diagnose stellt und die Therapie festlegt. Es ist jedoch eine Tatsache, dass chronische Krankheiten weit verbreitet sind – und ein grosser Teil der Unterstützung von chronisch Kranken beginnt nach der Diagnosestellung.

Wer berät die ältere Patientin mit Herzinsuffizienz, wie sie im Alltag mit Wirkungen und Nebenwirkungen der Medikamente zurechtkommt? Wer unterstützt sie dabei, Symptome der Verschlechterung frühzeitig zu erkennen und im rechten Moment den Arzt aufzusuchen? Wer besucht den depressiven Patienten nach einem Klinikaufenthalt zu Hause und hilft ihm, wieder im Alltag Fuss zu fassen? In diesen und vielen ähnlichen Situationen leisten Pflegefachleute in Zusammenarbeit mit Ärztinnen und Ärzten einen wesentlichen Beitrag. Eine gute Gesundheitsversorgung erfordert ein enges Netz und die Kooperation der Berufsgruppen.

Therese Hirsbrunner, Langenthal

Mit Mut zur Freiheit

Die Schweiz braucht Bürger mit Engagement – und ein Verfallsdatum für Gesetze. Von Jobst Wagner

Welche Schweiz wollen wir? Für mich als engagierten Bürger und Unternehmer ist klar: Die Schweiz der Zukunft kann nur eine wirtschaftlich und gesellschaftlich erfolgreiche und stabile Schweiz sein. Die Minder-Initiative sowie abstimmende Abstimmungen zu Mindestlohn, Erbschaftssteuer und bedingungslosem Grundeinkommen belegen symptomatisch eine zunehmende Entfremdung zwischen Wirtschaft und Gesellschaft. Die Frage ist: Ist die Entfremdung gefühlt oder echt? Darauf gibt es verschiedene Antworten. Avenir Suisse und Gewerkschaften kommen letztlich zum gleichen Schluss: Die Schweiz gehört zu den egalitärsten Ländern weltweit, was die Einkommensverteilung angeht. Und die Eidgenossenschaft gehört unbestritten zu den wohlhabendsten der Welt – auch historisch gesehen. Diese Faktenlage wird aber kaum mehr zur Kenntnis genommen. Genau hier orte ich – durchaus selbstkritisch – ein Problem: Viele Unternehmer und Manager haben sich ins Private zurückgezogen. Was es aber braucht, sind ziviles Engagement und ein prononcierter Positionsbezug durch freiheitlich denkende Verantwortungsträger. Sie müssen wieder nah- und greifbar werden, als Wirtschaftsakteure ebenso wie als Bürger.

Wir loben die von den Vorvätern geschaffene liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wunderbar. Nur hat sich die defensive Rhetorik mittlerweile abgenutzt. Viel wichtiger wäre es, die freiheitlichen Werte in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht neu mit Bedeutung und Begeisterung aufzuladen. Angesprochen sind insbesondere Vertreter des Mittelstands, der kleineren und mittleren Unternehmen, aber auch der grossen Unternehmen, die täglich viel leisten – für ihre Aktionäre, für ihre Mitarbeiter und für das Land. Sie alle sind gefordert, sich neu einzubringen, mitzudenken, mitzudiskutieren. Nicht tradierend, sondern die Zukunft gestaltend.

Zahlreiche Indizes belegen, dass die Schweiz in Sachen Wirtschaftsfreiheit weltweit und auch in Europa immer noch ganz vorne rangiert. Aber die grassierende Regulierungswut auf allen internationalen, nationalen und nachgelagerten Ebenen höhlt diese Spitzenposition schleichend aus. Dieser Befund sollte allen engagierten Bürgern zu denken geben, rechts wie links, denn er schränkt ihre Handlungsspielräume ein. Die Bürger bedürfen keiner ständigen Gängelung – sie vermögen verantwortungsvoll mit ihrer Freiheit umzugehen, wenn man ihnen Freiheit zumutet. Tut man es nicht, handeln sie irgendwann wirklich wie Wesen, die sich an das Werbemotto halten: Die Freiheit nehm ich mir!

Dabei ist klar: Schrankenlose Freiheit ist keine Freiheit. Die fast schon autistische Selbstverwirklichung und Wachstum um jeden Preis sind das Gegenteil verantwortungsvollen Handelns. Gefragt ist vielmehr eine in Gesellschaft und Wirtschaft wieder neu zu pflegende, freiwillige Selbstbeschränkung. Diese Grundeinsicht gilt es neu herzustellen, und dafür bedarf es keiner staatlichen Vorgaben.

Mittlerweile muss eine fast spiessig anmutende Tendenz zur Bevormundung konstatiert werden. Belegt wird dies durch eine aktuelle Analyse, die der «Strategiedialog 21» in Auftrag gegeben hat. Sie zeigt anhand von Online-Inhalten wie Nachrichtenartikeln, Tweets oder Facebook-Posts, dass Regulierung als tendenziell gut empfunden wird. Ist es das, was wir wollen? Im Gegenteil! Wir müssen damit aufhören, dem Staat alle Probleme zur Lösung delegieren zu wollen. Zwar werden durch den regulatorischen Aktivismus viele Arbeitsstellen geschaffen. Nur: Diese haben eine vergleichsweise geringe Wertschöpfung.

Viel Aktivismus, geringe Wertschöpfung – zur Lösung dieser beiden Problemkreise sowie zur Stärkung der Selbstverantwortung schlage ich die Lancierung einer Initiative vor. Alle Gesetze und Verordnungen werden mit einem Verfallsdatum von 10 Jahren versehen. Differenziert werden könnte diese Initiative noch durch den Zusatz, dass bei Gesetzen, die aus übergeordneten Gründen eine längere Laufzeit haben müssen, ein anderes Gesetz zu eliminieren ist.

Es geht nicht um rechts, links, Mitte. Freiheit ist eine Zumutung für uns alle. In «Zumutung» steckt «Mut» – der Mut zu Engagement, Selbstverantwortung, Selbstbeschränkung und Debatte. Es ist an der Zeit, diesen Mut neu zu leben!

Jobst Wagner ist Unternehmer und Initiator des «Strategiedialogs 21», einer Gruppierung, die sich im Dialog mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren mit Entwicklungsperspektiven der Schweiz beschäftigt. Am 22. Mai findet dazu eine öffentliche Podiumsdiskussion statt (<http://strategiedialog21.ch/wer-zieht-den-karren.html>).

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 235. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Markus Spillmann
Stellvertreter: René Zeller, Luzi Bernet (Nachrichtenchef)

International: Eric Gujer, Cyrill Stieger, Andres Wysling, Andreas Rüsch, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Stefan Reis Schweizer

Schweiz: René Zeller, Christoph Wehrli, Claudia Schoch, Claudia Baer, Markus Hofmann, Martin Senti, Paul

Schneeberger, Simon Gemperli, Davide Scruzi, Michael Schoenenberger, Valerie Zaslowski, Frank Sieber
Bundeshaus: Markus Häffliger, Christof Forster
Bundesgericht: Katharina Fontana
Medien: Rainer Stadler

Wirtschaft / Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Beat Gygi, Ermes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Christin Severin, Nicole Rütti Ruzicic, Andrea Martel Fus, Michael Rasch, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Thomas Stamm, Lucie Paška, Hansueli Schöchli, Martin Lanz, Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Gerald Hosp, Jan Roth, Matthias Müller

Feuilleton: Martin Meyer, Roman Hollenstein, Angela Schader, Peter Hagmann, Barbara Villiger Heilig, Andreas Breitenstein, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Uwe Justus Wenzel, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Samuel Herzog

Zürich: Thomas Ribi, Michael Baumann, Christina Neuhaus, Dorothee Vögeli, Florian Sorg, Irène Troxler, Urs Bühler, Walter Bernet, Brigitte Hürimann, Stefan Hotz, Adi Kälin, Natalie Avanzino, Ümit Yoker, Andreas Schürer, Reto Scherrer
Zürcher Kultur: Urs Steiner, Philipp Meier, Ueli Bernays

Sport: Elmar Wagner, Peter Jegen, Christoph Fisch, Flurin Claluna, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Anja Knabenhans

Meinung & Debatte: Martin Senti

Panorama: Katja Baigger (Leitung), Manuela Nyffenegger, Andrea Hohendahl

Nachrichtenredaktion: Anja Grünenfelder (Leitung), Susanne Ostwald, Marc Ronner, Michèle Schell, Elena Panagiotidis, Andreas Jahn

Data-Journalismus: Sylke Gruhnwald (Leitung), Alice Kohli
Reporter: Marcel Gyr, Alois Feusi

Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stephanie Kusma, Lena Stallmach

Beilagen (Bildung und Gesellschaft / Mobil - Digital / Reisen und Freizeit): Walter Hagenbüchle, Stefan Betschon, Susanna Müller, Claudia Wirz, Ruth Spitzenpeil

GESTALTUNG / PRODUKTION

Leitung Art-Direction/Bild: Brigitte Meyer
Leitung Fotografen: Christoph Ruckstuhl
Blattplanung: Philipp

Müller. Produktionsleitung: Hansruedi Frei
Korrektorat: Stephan Dové
Archiv: Ruth Haener

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ-Folio: Daniel Weber
NZZ-TV: Tobias Wolff
NZZ-Campus: Ronald Schenkel
NZZ am Sonntag: Felix E. Müller
Rechtskonsultant der Redaktion: Claudia Schoch
Projekte: André Maerz

NZZ-MEDIENGRUPPE

Veit V. Dengler (CEO)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11, Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29
Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11, Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Schweiz: Tel. 044 258 15 30, Fax 044 258 18 39, Ausland: Tel. +41 44 258 18 03, Fax +41 44 258 18 29, www.nzz.ch/leserservice, E-Mail: leserservice@nzz.ch

Inserate: Publicitas, NZZ Media, Seehofstr. 16, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70
E-Mail: anzeigen@nzzmedia.ch, Internet: www.nzzwerbung.ch

Druck: Zürcherstr. 39, CH-8952 Schlieren; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 258 18 74, E-Mail: print@nzz.ch

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST.)

Abonnement NZZ inkl. digitaler Ausgaben: 649 Fr. (12 Monate), 358 Fr. (6 Monate), 195 Fr. (3 Monate)

Abonnement NZZ Digital: 479 Fr. (12 Monate), 265 Fr. (6 Monate), 145 Fr. (3 Monate), 47 Fr. (10 Wochen)

Pendlerabo NZZ: 554 Fr. (12 Monate), 299 Fr. (6 Monate), 166 Fr. (3 Monate), 57 Fr. (10 Wochen). Montag bis Samstag digital, am Samstag zusätzlich die gedruckte Ausgabe

Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler Ausgaben: 498 € (12 Monate), 268 € (6 Monate), 135 € (3 Monate)

Übrige Auslandspreise auf Anfrage

Kombi-Abonnement NZZ und NZZ am Sonntag inkl. digitaler Ausgaben: 759 Fr. (12 Monate), 426 Fr. (6 Monate), 239 Fr. (3 Monate), 90 Fr. (10 Wochen)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementpreise (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2014

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2014

BEGLAUBICTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 126 795 Ex. (Wenf 2013)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG